



Brüssel, den 8. November 2016
(OR. en)

14127/16

FIN 774
FSTR 77
FC 71
REGIO 98
AGRIFIN 117

BERATUNGSERGEBNISSE

| | |
|--------------|--|
| Absender: | Generalsekretariat des Rates |
| vom | 8. November 2016 |
| Empfänger: | Delegationen |
| Nr. Vordok.: | 13265/16 |
| Betr.: | Sonderbericht Nr. 19/2016 des Europäischen Rechnungshofs "Vollzug des EU-Haushalts durch Finanzierungsinstrumente: aus dem Programmplanungszeitraum 2007-2013 zu ziehende Lehren" – Schlussfolgerungen des Rates (8. November 2016) |

Die Delegationen erhalten in der Anlagen die Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 19/2016 des Europäischen Rechnungshofs: "Vollzug des EU-Haushalts durch Finanzierungsinstrumente: aus dem Programmplanungszeitraum 2007-2013 zu ziehende Lehren", die der Rat auf seiner 3495. Tagung am 8. November 2016 angenommenen hat.

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 19/2016 des Europäischen

Rechnungshofs:

**"Vollzug des EU-Haushalts durch Finanzierungsinstrumente: aus dem
Programmplanungszeitraum 2007-2013 zu ziehende Lehren"**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

- (1) BEGRÜSST den Sonderbericht Nr. 19/2016 des Europäischen Rechnungshofs (im Folgenden "Hof"), insbesondere die angewandte Methode, die einen Vergleich von Finanzierungsinstrumenten unter geteilter Mittelverwaltung mit solchen unter zentraler Mittelverwaltung ermöglicht;
- (2) NIMMT ZUR KENNTNIS, dass der Sonderbericht auf Daten beruht, welche den Stand Ende 2014 widerspiegeln; vollständigere Daten, durch die einige der im Sonderbericht dargelegten Ergebnisse relativiert werden könnten, dürften zum Zeitpunkt des Abschlusses des Programmplanungszeitraums 2007-2013 am 31. März 2017 vorliegen;
- (3) BEGRÜSST die ausführlichen Antworten der Kommission auf den Sonderbericht;
- (4) WEIST DARAUF HIN, dass Finanzierungsinstrumente Instrumente zur Gewährung von finanzieller Unterstützung aus dem EU-Haushalt in Form von Beteiligungsinvestitionen oder beteiligungsähnlichen Investitionen, Darlehen oder Garantien oder anderen Risikoteilungsinstrumenten für die Verwirklichung der politischen Ziele der Union sind;
- (5) BEFÜRWORTET die Verwendung von Finanzierungsinstrumenten als Instrumente für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung in Bereichen, in denen Investitionen voraussichtlich wirtschaftlich tragfähig sind;
- (6) ERKENNT AN, dass Finanzierungsinstrumente die Möglichkeit bieten, mit dem Beitrag des EU-Haushalts durch Mobilisierung zusätzlicher privater und öffentlicher Mittel und durch Gewährung von nachhaltiger revolvierender Unterstützung eine Hebelwirkung zu erzielen ("mit weniger Mitteln mehr erreichen"); STELLT jedoch FEST, dass bei Finanzierungsinstrumenten notwendigerweise Verwaltungskosten und sonstige Kosten anfallen, die bei der Bewertung ihrer Effizienz zu berücksichtigen sind;

- (7) BEKRÄFTIGT seinen in den Schlussfolgerungen vom Juni 2015 ¹wiedergegebenen Standpunkt, dass Zuschüsse im Rahmen der Kohäsionspolitik – für sich genommen oder in Kombination mit Finanzierungsinstrumenten – eine wirksame Form der Unterstützung vieler Arten von Projekten und Programmen darstellen, und ERSUCHT die Kommission und die Mitgliedstaaten, die Möglichkeiten einer Kombination von Zuschüssen und Finanzierungsinstrumenten näher zu sondieren und dabei den verschiedenen Situationen und Zusammenhängen in den Mitgliedstaaten und Regionen Rechnung zu tragen;
- (8) NIMMT die Feststellungen des Rechnungshofes in Bezug auf Finanzierungsinstrumente als Instrumente zum Vollzug des EU-Haushalts während des Zeitraums 2007-2013 ZUR KENNTNIS, insbesondere
- die zu hohe Dotierung der Instrumente in einer erheblichen Anzahl von Fällen;
 - den in einigen Fällen mangelnden Erfolg bei der Mobilisierung von privatem Kapital;
 - den begrenzten Erfolg bei der Bereitstellung von revolvierender finanzieller Unterstützung; und
 - die – im Vergleich zur tatsächlichen finanziellen Unterstützung, die den Endempfängern zugutekam – hohen Verwaltungskosten und -gebühren, die bei Finanzierungsinstrumenten im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) berechnet wurden;
- (9) BETONT, soweit es um diese Feststellungen geht, dass Finanzierungsinstrumente relativ neue Instrumente im Rahmen der Kohäsionspolitik sind, und UNTERSTREICHT, dass die Lehren, die während des Zeitraums 2007-2013 gezogen wurden, im Ergebnis zu Verbesserungen beim Rechtsrahmen für den Zeitraum 2014-2020 geführt haben, bei dem die meisten vom Hof aufgeworfenen Fragen berücksichtigt wurden;
- (10) IST DER ANSICHT, dass mehrere Feststellungen und Empfehlungen des Hofes die Bedeutung und Dringlichkeit von Vereinfachungsbemühungen untermauern, mit denen die Einführung und der Einsatz von Finanzierungsinstrumenten erleichtert werden sollen; NIMMT in diesem Zusammenhang KENNTNIS von den kürzlich von der Kommission vorgelegten Gesetzgebungsvorschlägen für den laufenden Programmplanungszeitraum, die auf eine Vereinfachung des Einsatzes von Finanzierungsinstrumenten und eine Erleichterung der Kombination der europäischen Struktur- und Investitionsfonds mit dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) abzielen;

¹ Dok. 9622/1/15 REV 1 (Nummer 14).

Größe des Finanzinstruments

- (11) ERKENNT AN, dass den Feststellungen des Rechnungshofs zufolge eine bestimmte Anzahl von Finanzierungsinstrumenten im Zeitraum 2007-2013 zu hohe Kapitalausstattungen aufwiesen, sodass es in Kombination mit anderen Faktoren schwierig war, die betreffenden Mittel vollständig auszusahlen; STELLT jedoch FEST, dass endgültige Schlussfolgerungen zu den Auszahlungsquoten erst zum Zeitpunkt des Abschlusses gezogen werden können;
- (12) TEILT die Überlegung des Hofes und der Kommission, dass die Einführung von obligatorischen Ex-ante-Bewertungen für Finanzierungsinstrumente im Gesetzgebungsrahmen des Zeitraums 2014-2020 zu einer besseren Berücksichtigung der Kapazität und der Nachfragebedingungen der Märkte sowie zur Verhinderung einer übermäßigen Kapitalausstattung von Finanzierungsinstrumenten beitragen sollte;
- (13) FORDERT die Kommission AUF, in Bezug auf die zentral verwalteten Instrumente
- a) systematisch eine Analyse der bislang gezogenen Lehren in ihre Ex-ante-Bewertungen aufzunehmen und im Rahmen der jeweiligen Halbzeitbewertungen für die jeweiligen Finanzinstrumente die Auswirkungen erheblicher sozioökonomischer Veränderungen auf die Gründe für den Einsatz des Instruments und den entsprechend notwendigen Beitrag aus dem EU-Haushalt zu beurteilen;
 - b) eine Analyse der geografischen Auswirkungen der zentral verwalteten Finanzierungsinstrumente in ihre jährlichen Berichte an das Europäische Parlament und den Rat über die Tätigkeiten im Zusammenhang mit den zentral verwalteten Finanzierungsinstrumenten aufzunehmen;
- (14) ERMUTIGT die Mitgliedstaaten und die Kommission, mit ihren Bemühungen um eine sorgfältige Prüfung der angemessenen Größe von Finanzierungsinstrumenten im Hinblick auf eine Verbesserung ihrer Wirksamkeit fortzufahren; und WEIST DARAUF HIN, dass die Hauptverantwortung und -kontrolle über die Einführung und den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten im Rahmen der Kohäsionspolitik bei den Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten angesiedelt bleiben sollte;

Mobilisierung von privatem Kapital

- (15) STELLT FEST, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten im Zeitraum 2007-2013 Schwierigkeiten dabei hatten, für Finanzierungsinstrumente mit zentraler wie auch mit geteilter Mittelverwaltung privates Kapital anzuziehen;
- (16) IST jedoch DER AUFFASSUNG, dass der Betrag an mobilisiertem privatem Kapital nicht als einzige Messlatte für den Erfolg eines Finanzierungsinstruments betrachtet werden sollte, wenn andere wichtige politische Ziele erreicht werden sollen (z. B. Investitionen in Märkten mit starker EU-Wertschöpfung in Zeiten von Konjunkturflauten);
- (17) HÄLT FEST, dass die Kommission und die EIB alljährlich über die erwartete Hebelwirkung der zentral verwalteten Finanzierungsinstrumente und des EFSI Bericht erstatten; BEDAUERT jedoch den Mangel an Daten über die tatsächliche Hebelwirkung aller Finanzierungsinstrumente unter Heranziehung einer einheitlichen und klaren Definition der Hebelwirkung in allen Teilen des EU-Haushalts; und FORDERT die Kommission AUF, die Bereitstellung solcher vergleichbarer Daten unter Nutzung der geltenden Berichterstattungsanforderungen sicherzustellen;

Revolvierende finanzielle Unterstützung

- (18) BEDAUERT, dass den Feststellungen des Hofes zufolge der revolvierende Effekt der Mittel der Finanzierungsinstrumente im Zeitraum 2007-2013 auch aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung eher begrenzt gewesen ist;
- (19) TEILT die Beobachtung der Kommission, dass der revolvierende Effekt vom Einführungszeitpunkt des Finanzierungsinstruments, der Art des Finanzprodukts, dem Tilgungsaufschub, dem Fälligkeitstermin und den Ausfallquoten der für die Endempfänger bereitgestellten Mittel abhängig ist;
- (20) FORDERT die Kommission und die Mitgliedstaaten AUF, den revolvierenden Effekt der Mittel der Finanzierungsinstrumente während eines Zeitraums von mindestens acht Jahren nach dem Ende des Förderzeitraums dadurch zu unterstützen, dass beispielsweise eine ausdrückliche Klausel in den Finanzierungsvereinbarungen vorgesehen wird;

- (21) NIMMT KENNTNIS von den vom Hof festgestellten hohen Verwaltungskosten der EFRE- und ESF-Finanzierungsinstrumente, und zwar insbesondere im Vergleich mit den Ende 2014 an die Endempfänger ausgezahlten Beträgen; ERWARTET jedoch, dass sich dieses Verhältnis verringern wird, sobald neue Daten verfügbar sind, die die Mitgliedstaaten zum Abschluss des Programmplanungszeitraums 2007-2013 vorlegen werden;
- (22) IST DER AUFFASSUNG, dass im Zeitraum 2014-2020 durch die Einführung von aggregierten Obergrenzen während des Förderzeitraums und von leistungsbezogenen Elementen bei den Verwaltungskosten erhebliche Verbesserungen erzielt worden sind; RÄUMT jedoch EIN, dass die tatsächlichen Verwaltungskosten, die erforderlich sind, um die Ziele der operationellen Programme zu erreichen, aufgrund von nationalen oder regionalen Marktbesonderheiten von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich sein können;
- (23) ERSUCHT
- a) die Kommission, in Bezug auf die Konzepte der Verwaltungskosten und der leistungsbezogenen Vergütung wie auch in Bezug auf die Berechnung der Hebelwirkung und der Obergrenzen für förderfähige Ausgaben von einer rückwirkenden Auslegung des Gesetzgebungsrahmens abzusehen;
 - b) die Kommission, die vorhandenen Informationen über die Verwaltungskosten von Finanzierungsinstrumenten mit zentraler wie auch mit geteilter Verwaltung rechtzeitig zu bewerten, sodass sie im Rahmen der Vorbereitung der Gesetzgebungsvorschläge für den Zeitraum nach 2020 verwendet werden können;
 - c) die Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten, bei der Aushandlung von Finanzierungsvereinbarungen im derzeitigen Zeitraum 2014-2020 die leistungsbezogenen Elemente der Vergütung von Mittelverwaltern im Hinblick auf die Verbesserung der Kosteneffizienz von Finanzierungsinstrumenten umfassend zu nutzen.